



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 11.04.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 23. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 30.03.2017**

öffentlich

**3.1 Bekanntmachung des Städtebauförderprogramms „Investitionspakt
Soziale Integration im Quartier NRW 2017“
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2017
AN/0462/2017**

RM Frenzel begründet den Antrag der SPD-Fraktion und wirbt um Unterstützung.

RM Jahn macht darauf aufmerksam, dass derartige Förderprogramme nur dort integriert werden können, wo bereits IHK's bestehen. Diese würden derzeit sukzessive erstellt, drei von elf existieren bereits. Insofern möge die Verwaltung zunächst Stellung nehmen, inwieweit der von der SPD geforderte Investitionspakt sich mit den bereits in Arbeit befindlichen Förderprogrammen verbinden lasse.

RM De Bellis-Olinger bittet darüber hinaus um Auskunft, wo bereits Dinge auf den Weg gebracht worden seien, wie der aktuelle Sachstand laute und ob die Verwaltung personell überhaupt in der Lage sei, weitere Förderprogramme zu bearbeiten.

RM Jahn schlägt vor, den Antrag mit einer noch zu fertigenden Stellungnahme der Verwaltung in den Hauptausschuss am 24.04.2017 zu verweisen.

Sowohl RM Frenzel als auch RM Weisenstein, der den Antrag der SPD unterstützt, halten hingegen den Stadtentwicklungsausschuss für das zuständige Gremium. Auch sieht Herr Frenzel keinen Grund dafür, den Antrag heute nicht beschließen zu wollen.

RM Jahn entgegnet, sollte sich abzeichnen, dass die Verwaltung das Programm „Starke Veedel, starkes Köln“ nicht schaffe, hätte auch der nun vorliegende Antrag keinen Sinn.

Nach kurzer weiterer Debatte, stellt Vorsitzender Kienitz den Antrag auf Verweisung in den Hauptausschuss, wie von Frau Jahn angeregt, zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Antrag wird zusammen mit einer noch zu fertigenden Stellungnahme der Verwaltung in den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.